
Postulat der FDP-Fraktion vom 26. März 2013 betreffend Problematik von Schwelleneffekten und negativen Erwerbsanreizen im sozialen Bedarfsleistungssystem des Kantons Aargau

Text:

Der Regierungsrat wird gebeten, dem Grossen Rat in Form eines kurzen Berichts darzulegen, wie der Kanton Aargau der Herausforderung von Fehlanreizen im Sozialbereich in Form von Schwelleneffekten¹ begegnet.

Dabei interessieren insbesondere folgende Fragen:

- Weshalb wurden im Kanton Aargau, im Gegensatz zu fast allen anderen Kantonen, die Probleme der Schwelleneffekte nicht angegangen?
- Welche Bedarfsleistungen sind im Kanton Aargau von Schwelleneffekten betroffen und wie beurteilt der Regierungsrat deren Auswirkungen?
- Wie können die Fehlanreize verhindert bzw. vermieden werden?
- In welcher Weise würde die Verminderung von Schwelleneffekten die von Sozialhilfe betroffenen Personengruppen im Kanton Aargau betreffen?
- Mit welchen finanziellen Folgen für die öffentliche Hand wäre eine solche Ausmerzungen der Schwellenwerte verbunden?
- Welche Anstrengungen wurden bzw. werden im Kanton Aargau geplant oder umgesetzt, um Schwelleneffekte abzubauen?
- Welche Rechtserlasse sind betroffen und wer ist für deren Anpassung zuständig?

Begründung:

Die Ausgestaltung von Bedarfsleistungen im Sozialbereich² kann mitunter zu Ungerechtigkeiten und falschen Anreizen führen. Erhöht demnach ein betroffener Haushalt das Erwerbseinkommen, kann es sein, dass er einen Schwellenwert überschreitet und im Gegenzug damit Sozialleistungen wegfällt. Das irritierende Resultat: Insgesamt verfügt der Haushalt über weniger Geld, über das er frei verfügen kann, als vor der Einkommensverbesserung. Das führt zu Fehlanreizen: Die betroffenen Personen verspüren verständlicherweise wenig Ansporn, ihren Teil zur Erhöhung des Haushaltseinkommens und damit zur Verminderung der Abhängigkeit von der öffentlichen Hand beizutragen.

Eine Untersuchung der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe SKOS zeigt nun auf, dass es im kantonalen Vergleich grosse Unterschiede im Problembewusstsein und in den gegen die Schwelleneffekte zu ergreifenden Massnahmen gibt. Mängel herrschen sowohl in Bezug auf die Erhebung von aktuellen Daten wie auch bezogen auf die daraus abzuleitenden Handlungsweisen.

¹Man spricht von "Schwelleneffekt" im Sozialwesen bei Menschen, die eine sozialstaatliche Leistung erhalten. Dort kann es vorkommen, dass es wegen (geringfügiger) Erhöhung des Erwerbseinkommens zum Wegfall von Sozialleistungen kommt und damit insgesamt zu einem abrupten Rückgang im frei verfügbaren Einkommen.

²Bedarfsleistungen sind z. B. Sozialhilfegelder, individuelle Prämienverbilligungen, Alimentenbevorschussungen, Ergänzungsleistungen für Familien, Tarifierduktionen für familienergänzende Kinderbetreuung, etc.

Auslöser für eine Abklärung dieser Problematik war 2009 ein an den Bundesrat überwiesenes Postulat, das die Prüfung verschiedener Varianten zur Reduzierung der Schwelleneffekte verlangte. Der Bundesrat schrieb damals in seiner Antwort, es sei Sache der Kantone, die dort ausgerichteten Bedarfsleistungen zu optimieren. 22 Kantone haben die

Schwelleneffektproblematik bereits auf ihre politische Agenda gesetzt, lediglich vier Kantone haben dieses wichtige Themengebiet bisher ausser Acht gelassen – einer dieser vier ist der Kanton Aargau.

Immerhin ist es einzelnen Kantonen bereits gelungen, ihre Bedarfsleistungssysteme so zu reformieren, dass Schwelleneffekte umfassend eliminiert werden konnten, sodass es nach Meinung der FDP auch für den Kanton Aargau an der Zeit ist, sich diesem Thema zu widmen. Der postulierte Bericht soll diesen Prozess in Gang setzen.
